

Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen**Europäische Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten**

1995/1996 hat die Ministerkonferenz für Raumordnung im Raumordnungspolitischen Orientierungs- und Handlungsrahmen erstmalig sieben Europäische Metropolregionen in Deutschland benannt: Hamburg, Berlin/Brandenburg, Rhein-Ruhr, Frankfurt, Stuttgart, München sowie Leipzig–Dresden–Chemnitz.

Derzeit wird an der Aktualisierung dieses Orientierungsrahmens gearbeitet, der Ende 2005 neu vorliegen soll. Am 28. April 2005 wird die Ministerkonferenz für Raumordnung neben Grundsatzentscheidungen über die Aufnahme weiterer Regionen in den Kreis der Metropolregionen entscheiden. Neben Hannover–Braunschweig–Göttingen, den Rhein-Neckar-Raum und Nürnberg wird auch für den Raum Bremen/Oldenburg die Aufnahme beantragt.

Der Antrag zur Aufnahme des Raums Bremen/Oldenburg mit seinen insgesamt 2,4 Mio. Einwohnern in die Reihe deutscher Metropolregionen basiert auf der seit Jahren entwickelten Zusammenarbeit in Nordwestdeutschland, die in der gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen einen Ausgangspunkt hatte. Die aktuellen Kooperationen werden von einer Vielzahl von Institutionen und weiten Teilen der regionalen Wirtschaft unterstützt. Am 12. April wurde in Jever eine von vielen Repräsentanten der Region (neben den regionalen Kooperationen u. a. auch die Industrie- und Handelskammern im Nordwesten) getragene Resolution zur Unterstützung des Aufnahmeantrags öffentlich unterzeichnet. Ziel ist es, eine gemeinsame Europastrategie für die Förderkulisse der EU ab 2007 zu entwickeln und so in der nationalen und europäischen Wirtschaftsentwicklung als Metropolregion zu profitieren.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt die Aufnahme der Metropolregion Bremen/Oldenburg in den Raumordnungspolitischen Orientierungs- und Handlungsrahmen des Bundes.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Antrag auf Anerkennung des Raumes Bremen/Oldenburg als Metropolregion in die Ministerkonferenz für Raumordnung einzubringen und die notwendigen Abstimmungs- und Handlungsschritte unverzüglich einzuleiten.

Dr. Carsten Sieling,
Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Dieter Focke,
Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Karin Krusche,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen